

UNSER THEMA HEUTE:

■ **Gemeinsam mit heimischer IT-Wirtschaft und Dataport**



Liebe Leserinnen und Leser,

bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden in unser Landesdatennetz, das aus dem Jahr 1993 stammt, 240 Millionen Euro investiert. Dann verfügt Sachsen-Anhalt über ein modernes „Verwaltungsnetz“, denn die Kommunen sind komplett mit an Bord. Wir betreiben via Breitband gemeinsam moderne Fachverfahren und stärken eGovernment in Zeiten des demografischen Wandels. Im Zusammenhang mit STARK III werden auch alle Schulen an dieses Landesdatennetz angeschlossen sein.

Klar ist, dass wir bei der Realisierung dieser umfangreichen Vorhaben auch auf die heimische IT-Wirtschaft setzen. Wer sonst, außer den ortsansässigen Unternehmen, kennt unsere Schulen,

kann diese ertüchtigen und mit der notwendigen Technik ausstatten, wie es mit STARK III vorgesehen ist?

Zugleich steigen die Erwartungen an den zentralen IT-Dienstleister des Landes ständig: Derzeit sind im Landesrechenzentrum an den beiden Standorten Magdeburg und Halle 228 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, von denen bis zum Jahr 2025 rund 40 Prozent altersbedingt ausscheiden.

Es stellt sich daher die Frage, ob ein Land unserer Größenordnung dauerhaft eigene Rechenzentren betreiben und die dafür erforderliche Infrastruktur vorhalten muss. Deshalb habe ich mich umgeschaut, welche Lösungen andere Länder zur Bewältigung dieser Herausforderungen im IKT-Bereich haben. Nach ersten Überlegungen ist es für mich nur konsequent, gemeinsam mit den nordostdeutschen Ländern Dataport als zentralen IT-Dienstleister für Sachsen-Anhalt zu nutzen. Notwendig dafür ist zunächst der Beitritt zum nordostdeutschen IT-Verbund. Schon heute werden in Deutschland zahlreiche Aufgaben im Bereich der IKT kooperativ erledigt. Erinnert sei beispielsweise an die Verbünde in den Bereichen Steuern, Polizei und Justiz.

Die Entscheidung für Dataport fiel unter anderem auch, weil er der einzige länderübergreifende Verbund der öffentlichen Hand ist, in denen die Träger nicht nur Auftraggeber sondern auch Eigentümer sind.

Seit Landesregierung und Dataport-Verwaltungsrat Anfang Mai grünes Licht für die Kooperation gegeben haben, kennen die Beschäftigten des Landesrechenzentrums die Pläne: Keiner muss um seinen Arbeitsplatz fürchten oder Sachsen-Anhalt verlassen! Ein Teil der Kollegen wird in die Dataport-Niederlassung Sachsen-Anhalt wechseln, andere werden an anderer Stelle innerhalb der Landesverwaltung eingesetzt.

Die Arbeit am Entwurf des Staatsvertrages hat begonnen. Weiter diskutiert werden soll sowohl im Kabinett als auch im Landtag. Und auch der bereits mit der Wirtschaft begonnene Dialog wird fortgesetzt. Ich werbe dafür, dass der Staatsvertrag bis Jahresende unter Dach und Fach kommt.

Auch Ihr Fragen oder Anregungen nehmen wir gern entgegen unter [Finanzdialog-Isa](#). Ausführlichere Informationen zum Thema finden Sie im [Internetportal](#) des Finanzministeriums.

Finanzstaatssekretär



Jörg Felgner